

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 107 (2010)
Heft: 3

Artikel: Wenn die Sorgearbeit vor allem Sorgen bereitet
Autor: Sancar, Annemarie
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-839572>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wenn die Sorgearbeit vor allem Sorgen bereitet

Frauen wird eine schier endlose Energie zugeschrieben: Sie erziehen Kinder, erledigen die Hausarbeit und sind dazu noch erwerbstätig. Was für den Staat eine willkommene Dienstleistung zum Nulltarif ist, zahlt sich für viele Frauen nicht aus. Die Politik muss den wirtschaftlichen Wert der Care-Arbeit endlich berücksichtigen.

Putzen, Kochen, Erziehen und Pflegen: Dies sind unbezahlte, personenbezogene Dienstleistungen, die nach gängigen Vorstellungen keinen Mehrwert schöpfen. Sie kommen im marktwirtschaftlichen System nicht vor, obwohl ohne sie nichts geht. Denn sie schaffen überhaupt erst die Basis von Wohlstand: Sie generieren unsere Arbeitskraft. Diese Care-Ökonomie ist anders als Ökonomie im herkömmlichen Sinne, weil es sich bei ihr um Beziehungen zwischen Subjekten handelt. Ihre Qualität ist also abhängig vom Wohlbefinden, das beiden Seiten vermittelt wird. Care oder die sogenannte andere Ökonomie ist zudem dadurch gekennzeichnet, dass sie nur beschränkt automatisierbar ist und nicht in jedem Fall ausgelagert werden kann. Sie wird direkt an Ort und am Menschen verrichtet (s. Box S.8).

SCHLECHT BEZAHLTE FRAUEN UNTER DRUCK

Das Erbringen von Care-Arbeit ist relevant für den Lebensstandard und das Wohlbefinden. Ihre Qualität hängt von den Bedingungen ab, unter welchen Frauen ihre Kinder grossziehen, Essen zubereiten und Sauberkeit garantieren können. Eine zentrale Rolle spielt dabei der Faktor Zeit: Je besser das Verhältnis von Zeit und Einkommen, umso einfacher können die Care-Arbeit ausgeführt oder bestimmte Dienstleistungen ausgelagert werden. Und wenn die Zeit fürs Kochen nicht reicht, hilft gekaufter Fine-(Fast-)Food weiter. So können gut ausgebildete Frauen mit gesichertem Einkommen trotz der Care-Belastung sich und ihrem Umfeld Wohlstand ermöglichen. Diese für Frauen positive Entwicklung birgt aber die Gefahr, dass die Problematik der Care-Ökonomie verschleiert wird: Frauen mit wenig Einkommen können sich im Bereich der Care-Arbeit nämlich keine Entlastung leisten und kommen so unter Druck. Unter diesen Umständen lässt die Qualität der Care-Arbeit nach. Die Folgen tragen nicht nur die direkt betroffenen Haushaltsmitglieder, sondern auch die Gesellschaft: Denn die Arbeitskraft der Betroffenen wird eingeschränkt.

FEHLENDE ENTLASTUNG DURCH DEN STAAT

Die Prekarität nimmt dann zu, wenn Frauen unter Zeitdruck Care-Arbeit leisten müssen, weil ihre finanziellen Mittel nicht ausreichen, um einen Teil dieser Aufgaben in den monetarisierten Bereich auszulagern. Relevant ist in diesem Zusammenhang auch das Fehlen von öffent-



lichen Angeboten. In Krisenmomenten sollte der Staat diese Betroffenen unterstützen. Zwar tut er dies mit Konjunkturprogrammen, doch die Sorgearbeit wird dabei nicht berücksichtigt, im Gegenteil: Er schickt die Arbeitslosen nach Hause, damit sie dort umsorgt werden, und er privatisiert öffentliche Leistungen wie Kinderbetreuung oder Alterspflege. Diejenigen Haushalte, die sich diese Angebote nicht leisten können, sehen sich gezwungen, diese Care-Tätigkeiten vermehrt selbst zu verrichten. Für Frauen mit niedrigem Einkommen und wenig Geldreserven wird dies zu einer zusätzlichen Bürde und noch grösseren Zeitnot. In aller Welt sind es die Frauen, die durch Mehrarbeit und durch Zeit- und Konsumverzicht zur Entlastung des Staatshaushaltes beitragen. Frauen dienen gerade in Krisenzeiten, wenn Steuern und Ausgaben gesenkt werden, als sozialer Airbag.

DIE FRAU ALS HERKULINA, DIE ALLES KANN

In den letzten Jahren wurde die Rolle der Hausfrau von Medien und politischen Parteien neu inszeniert. Sie soll als kostengünstige Variante den Staatshaushalt entlas- ➤

> ten. Die Frau wird als Herkulina dargestellt, die auch unter schwersten Bedingungen die Care-Arbeiten verrichten kann, mit einer zugeschriebenen Energie, die vermeintlich endlos vorhanden in der Natur der Frauen angelegt ist. Das Bild dieser guten Hausfrau soll helfen, die Mühseligkeiten der unbezahlten Arbeit zu verdrängen und unsichtbar zu machen. Die Schweiz ist denn auch das Land, das im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt am wenigsten ausgibt um die Haushalte zu entlasten (zum Beispiel für Kinder- und Krankenbetreuung, Sozialversicherungen etc.). Auf der einen Seite wird die Erwerbsarbeit der Frauen gefördert, auf der andern Seite orientieren sich soziale und wirtschaftliche Institutionen stark an der klassischen Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen. Dies führt zu einem hohen Anteil von Frauen, die Teilzeit arbeiten und «nebenbei» den Löwenanteil der unbezahlten Care-Arbeit verrichten. Dieses sogenannte Care-Regime ist in doppelter Hinsicht gefährlich: Es treibt viele Frauen in die Armut und verhindert eine geschlechtergerechte Entwicklung der Gesellschaft.

POLITISCHE MÄNGEL WERDEN ZU KULTURDEFIZITEN

Wer trotz Erwerbsarbeit nicht genug verdient, wer viel Arbeitszeit für wenig Lohn investiert, erfährt diese «doppelte Last» der Erwerbs- und Sorgearbeit. Erholungszeit wird ebenso knapp wie Zeit, um sich für gesellschaftliche Fragen, Politik oder Gemeinnützigkeit zu engagieren. Auch die Zeit für zwischenmenschliche Beziehungen fehlt. Als Mütter, Ehefrauen und Haushälterinnen stellen Frauen Sorgearbeit sicher – auch wenn sie gleichzeitig Reinigungsfrauen, Teilzeitangestellte, Arbeiterinnen sind. Während der Markt vom Billiglohnsegment profitiert, schiebt die Sozialpolitik ihre Aufgaben unter dem Deckmantel der neuen Mütterlichkeit in den privaten Haushalt ab. Damit werden Problemstellungen der sozial gerechten Umverteilung entpolitisiert und in Kultur-



defizite übersetzt: Man spricht dann von «mangelndem Integrationswillen bei Migrantinnen» oder von «Kindern als Armutsrisiko».

CARE-ARBEIT ALS ÖKONOMIE BERÜCKSICHTIGEN

Die Rollenverteilung zwischen Mann und Frau ist weder fix noch eindeutig oder natürlich gegeben: Es gibt keine Automatismen. Dennoch ist das Korsett relativ eng, denn unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen lohnt sich eine gleichberechtigte Aufgabenteilung nicht

CARE-ÖKONOMIE

Care-Ökonomie bezeichnet das Erbringen von personenbezogenen Dienstleistungen. Das sind bezahlte oder unbezahlte Tätigkeiten, die im privaten Bereich oder von der öffentlichen Hand geleistet werden, bei denen Menschen die alltägliche Versorgung anderer Menschen sicherstellen. Da-runter fallen Aufgaben wie das Aufziehen von Kindern, Haushaltsarbeiten und Pflege. Sie tragen dazu bei, den Lebensstandard und das Wohlbefinden der einzelnen Mitglieder der Gesellschaft zu halten und zu fördern. Care-Ökonomie produziert keine Waren für den Markt, sondern schafft die Voraussetzungen, damit Arbeitskraft entsteht. Die Organisation von Care-Öko-

nomie, ihre Bezahlung, Qualität und Leistung, wird bestimmt durch Haushalt, Markt, Staat und zivilgesellschaftliche Institutionen. Care-Ökonomie kann nur sehr beschränkt durch Maschinen ersetzt werden. Da viele Care-Tätigkeiten in der unmittelbaren Umgebung – in der Regel im Haushalt selbst – verrichtet werden müssen, können sie zum Teil nicht ausgelagert werden. Die von den neoliberalen Theorien nicht beachtete wirtschaftliche Bedeutung dieser «anderen Ökonomie» ist in den letzten 20 Jahren von der feministischen Ökonomie erforscht worden. Allmählich findet sie auch Niederschlag in Statistik und Sozialpolitik. [As]



FRAUENARMUT IM SÜDEN

Die Diskriminierung von Frauen ist die weltweit am meisten verbreitete Form von Ausgrenzung. Die ungleiche Macht zwischen Männern und Frauen ist ein Hauptgrund für Armut sowie für soziale und politische Instabilität. 70 Prozent der Ärmsten sind Frauen. Ein wichtiger Grund ist, dass sie mehr als drei Viertel der unbezahlten Care-Arbeit leisten. Trotz Bemühungen zur Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt bleibt ihre ökonomische Situation daher prekär. Mehr Einkommen bedeutet nicht per se einen besseren Lebensstandard. Es schafft auch nicht automatisch mehr Gleichstellung zwischen den Geschlechtern – ebenso wenig, wie Wirtschaftswachstum automatisch zu Empowerment von Frauen führt.

Frauen haben weniger Möglichkeiten zu sparen und zu investieren, die Ausbeutungsrisiken haben im Zuge der Globalisierung zugenommen. Im südlichen Afrika arbeiten über 80 Prozent der angestellten Frauen unter prekären Verhältnissen (bei Männern sind es 64 Prozent), in Südafrika liegen zwei Drittel aller von Frauen geführten Haushalte unter der Armutsgrenze (bei den von Männern geführten Haushalten ist es ein Drittel). In Südasien hat eine Frau auf vier Männer eine bezahlte Arbeit ausserhalb des Landwirtschaftssektors. Die Lohnschere ist markant.

Sechs von zehn der Ärmsten dieser Welt sind Frauen, die für die Familien aufkommen und bis zu 70 Prozent des Bedarfs an Lebensmitteln für den Haushalt decken. Mehr als 75 Prozent der Frauen weltweit haben keinen Zugang zu Bankkrediten, weil sie keine Garantie wie Haus- oder Bodenbesitz oder ein regelmässiges Einkommen vorweisen können. Berechnungen der UNO zeigen, dass Frauen nur gerade ein Prozent des gesamten Reichtums dieser Welt besitzen.

Auch wenn dank den eingeführten Quotensystemen heute deutlich mehr Frauen in den Parlamenten sitzen (mit Quoten 15 und 26 Prozent, ohne Quoten 5 bis 15 Prozent), bedeutet das nicht, dass politische Entscheide mehr Gleichstellung bringen oder staatliche Budgets Gender gerechter gemacht werden. (As)

Weitere Infos: Women's Empowerment, www.undp.org/women

immer. Eine geschlechtergerechte Gesellschaft setzt ein ganzheitliches Ökonomieverständnis voraus. Das heisst: Auch das sogenannte andere Wirtschaften muss einbezogen werden. Es braucht eine Politik, die den wirtschaftlichen Wert der Care-Ökonomie berücksichtigt und in die Entscheidungsfindung einbezieht.

POLITISCH VERDRÄNGT

Die Erledigung von personenbezogenen Dienstleistungen kann nicht als naturgegeben den Frauen zuge-

schrieben werden. Eine Gender gerechte Umverteilung des gesellschaftlichen Mehrwertes ist nur möglich, wenn staatliche Steuerungsinstrumente eingesetzt werden: Die Steuerpolitik sowie die Sozial- und Gesundheitspolitik müssen den ökonomischen Wert der insgesamt geleisteten unbezahlten Arbeit berücksichtigen. In Zahlen* sind das für die Schweiz 8444 Millionen Stunden – das sind 20 Prozent mehr als bezahlte Arbeitsstunden. Insgesamt sind 64 Prozent der von Frauen geleisteten Arbeit unbezahlt – nur gerade 36 Prozent sind bezahlt. Bei den Männern ist dieses Verhältnis gerade umgekehrt. Der Wert der unbezahlten Betreuung von Kindern und Erwachsenen beträgt 88 Billionen Franken. Das entspricht 58 Prozent aller kommunalen, kantonalen und nationalen Ausgaben. Da wäre es nur gerecht, wenn der Staat diese Arbeiten abgelten und mit Erwerbsarbeit kompatibler machen würde. ■

Annemarie Sancar

Gender-Beauftragte, Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit (DEZA)



*Quelle: Mascha Madörin, Brigitte Schnegg, Nadia Baghdadi. Social and Political Economy of Care – Switzerland. Research Report 5, key findings and synthesis. UNRISD, Genf.